

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt Wk

Er erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnements-
preise in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinz Brandenburg,
Pommern, Sachsen u. Anhalt 50 Pfr. wöchentlich, 20 Pfr. monat-
lich oder 200 Pfr. vierteljährlich. Abonnementspreis bei Postnach-
nahme 1.175 u. viermal 25 Pfr. Einzelheft 10 Pfr.
Anzeigenpreis für die Zeile 1.1. mit 20% Zuschlag. Familien-Anzeigen für Abonnenten 50 Pfr. die Zeile. Kleine
Anzeigen: das Wort 50 Pfr. das feingedruckte Wort 50 Pfr. mit 20%
Zuschlag. - Abonnements-Anfragen nehmen nach die behandelnd an:
Friedrich Filianz, Postfach 10, Haupt-Str. 57, Jarammentor
Str. 40-49. Tel.: Zentrum Nr. 10181-10144. L. Fernwerk, Nr. 1407-14206.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Flüsse: Moritzsch, Köpenicker Str. 47-49, Wiener Str. 1-4, Prater Allee 20, Frank-
furt 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Die Auslieferung der Gefangenen.

Eine Note des Obersten Rates der Alliierten. - Der erste Schritt zur Freilassung.

Berlin, 29. August.

Der Oberste Rat der Alliierten veröffentlicht folgende Note:

„Um so sehr wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu mindern, haben die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Teutland, soweit er den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vorzubereiten. Die Vorbereitungen zum Rücktransport werden sofort beginnen, und zwar durch eine internationalisierte Kommission, der ein deutscher Vertreter angegliedert werden soll, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist. Die alliierten und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung, von der die deutschen Soldaten so große Vorteile haben, nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen.“

Von zu nächster Stelle wird zu dem Beschluß des Obersten Rates betreffend die Kriegsgefangenen erklärt: Die Nachricht, daß jetzt endlich der von uns allen so sehr ersehnte erste Schritt zur Freilassung unserer Gefangenen

getan werden soll, wird in ganz Teutland freudig begrüßt worden. Es ist jedoch lediglich der erste Schritt. Die Kriegsgefangenen werden nicht, wie man aus der in einem Berliner Blatt erschienenen Meldung vielleicht entnehmen könnte, sofort entlassen werden. Das geht schon aus der - weniger erfreulichen - Bestimmung des Obersten Rates hervor, daß der deutsche Vertreter an den Verhandlungen der Vorbereitungs-Kommission erst teilnehmen soll, wenn der Friedensvertrag in Kraft getreten ist. Aber die Tatsache, daß diese internationalisierte Kommission, deren Einsetzung von der deutschen Delegation immer wieder auf das dringlichste gefordert wurde, jetzt endlich zusammentritt und sofort mit den Vorbereitungen des Rücktransportes beginnt, gibt uns die Hoffnung, daß die Vorbereitungen so schnell gefördert werden, daß die Entlassungen unmittelfach nach Inkrafttreten des Friedensvertrages beginnen können. Unsere Delegation in Versailles wird auch weiter nach Kräften bemüht sein, die Freilassung noch mehr zu beschleunigen. Das deutsche Volk kann diese Bemühungen um die baldige Erlösung seiner Brüder am besten dadurch unterstützen, daß es in wahrer Erkenntnis seiner ureigenen Interessen an dem baldigen Wiederaufbau der deutschen Produktionsfähigkeit mitarbeitet und dadurch dem deutschen Reich die Möglichkeit zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gibt.

Friede im Gewerkschaftsstreit.

Die Gleichberechtigung der politischen Richtungen.

Die freien Gewerkschaften haben nach monatelangen inneren Kämpfen eine Krise überwunden, die ihren Bestand ernsthaft zu gefährden drohte. In den ersten Wochen und Monaten nach der Revolution sah es oft genug so aus, als ob die deutsche Gewerkschaftsbewegung, die in ihrer Größe und Geschlossenheit der Arbeiterwelt der ganzen Welt ein Vorbild war, die Stürme der politischen Umwälzung nicht überleben würde. Der gewaltige Mitgliederzuwachs bis auf fünf Millionen konnte über diese Gefahr nicht hinwegtäuschen; denn im gleichen Verhältnis wie die Mitgliederzahl wuchs die innere Zersetzung der Organisationen. Nachdem sich die mächtige sozialdemokratische Partei Deutschlands durch die Mitsprachung der Innungen und der Kommunen in drei Richtungen geteilt hatte, lag die Vermutung sehr nahe, daß dieselbe Spaltung auch in den Gewerkschaften eintreten würde; es geschah dies aber nur in einigen Verbänden der Radikalen. Langjährige Gewerkschaftsleiter wurden in den Ortsgruppen der Verbände durch die von Innungen und Kommunen beherrschten örtlichen Generalversammlungen abgelehnt, und die Opposition ließ keinen Zweifel darüber, daß sie auf den Verbänden in derselben Weise auch mit dem Sozialdemokratischen Mitgliedern verfahren wolle, die als Mehrheitssozialisten „kompromittiert“ waren. Die Vertreter der alten Richtung bezeichneten die Entlassungen der mehrheitssozialistischen Organisationsleiter als politische Maßregelungen, aber dadurch wurde die Gefahr der Spaltung noch vergrößert. Die Opposition machte sich nämlich nun ein eigenes gewerkschaftliches Programm zurecht, das für die Regierungsozialdemokraten unannehmbar sein mußte. Dieses Programm verwarf beinahe alle die Arbeitsgemeinschaften mit den Arbeitgeberverbänden, teilweise - es war durchaus nicht einheitlich - auch den Abschluß von Tarifverträgen; es verlangte dafür sofortige Sozialisierung und Durchföhrung des „absoluten“ oder „reinen“ Rätekohens. Ganz klar war dieses Programm nicht durchdracht. Die Kommunisten hielten sich darüber etwas ganz anderes vor als die Innungen, und auch innerhalb dieser Parteien waren die Meinungen sehr geteilt. Das ganze Programm hatte eigentlich auch nur den Zweck, die Opposition von dem Vorwurf zu entlasten, daß sie Gewerkschaftsangelegenheiten wegen ihrer Zugehörigkeit zur alten sozialdemokratischen Partei mangelhaft nach dem Meiest rüfendändigen Unternehmern. Jetzt konnte man die Entfaltung damit begründen, daß der Gewerkschaftsangelegte sich weinert, den gewerkschaftlichen Forderungen der Mitglieder zu entsprechen.

Die neue Taktik der Opposition in dem an sich rein politischen Kampf innerhalb der Gewerkschaften erhöhte aber die Gefahr, daß nun tatsächlich auch die freien Gewerkschaften in mehrere Richtungen zerfallen würden. Einige besonders radikale Kommunistenführer haben schon im Rheinland solche Sonderorganisationen gegründet, aber die Masse der Gewerkschaftsmitglieder - auch der politisch in der R.F.D. organisierten - ist ihnen nicht gefolgt.

Die freien Gewerkschaften haben die schwerere Probe auf den Versuch über die Einheit besser überstanden, als in der ersten Zeit nach der Revolution anzunehmen war. Um diese Einheit zu sichern, sind von beiden Seiten Konzeptionen gemacht worden. Vor allem ist endlich an der heiß umkämpften Frage des Rätekohens eine Lösung gefunden worden, die beiden Parteien ein Zusammenarbeiten ermöglicht. Das war nur dadurch möglich, daß man den Streit um die politischen Aufgaben der Räte ganz aus den Gewerkschaften ausschaltete. Die Betriebsräte erkennen jetzt auch die Aufgabe der Gewerkschaften als notwendig an, wenn auch ihrer Machtföbung noch einige Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Radikalen haben sich andererseits dem Standpunkte der Gegenseite insofern genähert, als auch sie die Betriebsräte als Organe der Gewerkschaften betrachten. Die Idee, daß die Räteorganisation die Gewerkschaften ablösen könnte, ist also aufgegeben worden, lieber die Notwendigkeit der Sozialisierung sind sich beide Richtungen einig, aber das Tempo gehen die Meinungen auseinander; aber das ist ja auch innerhalb der Opposition der Fall. Mit der Arbeitsgemeinschaft haben sich die Radikalen an sich abgefunden. Sie wollen nur den Aufgabebereich dieser Arbeitsgemeinschaften wesentlich enger fassen als die alte Richtung, die sich beschränkt auf die Überwachung und Sicherung der Tarifverträge. Tarifverträge halten auch die Oppositionellen für notwendig für die Überbrückung bis zur Durchföhrung der Sozialisierung und Ausschaltung des privatkapitalistischen Unternehmertums. Die Meinungsverschiedenheiten über die Dauer

Neuer deutsch-italienischer Handelsverkehr.

Beginn der Vorbereitungen.

Berlin, 29. August. (W. Z. B.)

Entgegen einer vielfach verbreiteten Ansicht ist es nicht möglich, vor der Aufzeichnung des Friedensvertrages eine eigene amtliche Vertretung der deutschen Regierung bei der italienischen Regierung einzurichten. Abseits ist der Generalkonsul in Venedig, der lange Jahre in Italien tätig gewesen ist, beauftragt worden, die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien vorzubereiten. Sobald die Zeitigkeit des Herrn v. Herrf somit gegeben sein wird, daß die Wiederaufnahme von wirtschaftlichen Beziehungen sowohl im Austausch der Güter, als auch im gegenseitigen Reiseverkehr möglich sein wird, werden die deutschen Interessierten freilich in geeigneter Weise verhandelt werden.

Der Friedensvertragsentwurf für Oesterreich.

Berlin, 29. August.

Nach „Komme Libre“ wird der österreichischen Delegation der endgültige Friedensvertragsentwurf in dieser Woche nicht mehr zugeföhrt werden. Gest in dieser Woche konnte alle noch hängigen Fragen gelöst sein. Die Grundzüge, auf denen der Friedensvertrag aufgebaut ist, werden nicht geändert werden. Deutschösterreich als Erde der kaiserlichen Monarchie bleibt für den Krieg verantwortlich, mußte also auch alle Verantwortlichkeiten tragen. In bezug auf die Vorkriegsschuld würden allerdings wichtige Konzeptionen gemacht werden. Man habe nach dieser Richtung in gewisser Beziehung den Reklamationen des Staatsanwalters keine Folge gegeben. Auch soll der Wiedergutmachungskommission größere Spielraum gelassen werden, als ursprünglich vorzusehen war. Auch „Echo de Paris“ wird der Vertrag keinen Passus enthalten, der die Vereinigung Deutschösterreichs mit Deutschland verbietet, jedoch be- stehe die Pflicht, im Begleitföhren des Friedensvertrages die Grundzüge der österreichischen Politik, wie sie die Alliierten aufgestellt wissen wollen, festzulegen.

Jansbrunn, 29. August.

In der gestrigen Sitzung des Zirkler Landtages über- zeigten die Abgeordneten Dr. Reut, Ritzluffi und Ober- weiler folgenden Antrag: „Es wird die Überlegung folgender Redebezüge an Senator Lodge, den Vorsitzenden des Ausschusses, beantragt: Der deutschösterreichische Friedensvertrag liefert Deutsch- österrich entgegen dem feierlich verkündeten Volks- willen an Italien aus. Der Zirkler Landtag bittet den Senats- ausschuss, die Zirkler Abgeordneten und ihre Selbstbestim- mungsberechtigt zu schützen.“

Die Revolution schreitet fort. Die „Vol. An.“ schreiben: Mit dem Abzug der Kriegsgewaltigen wird, wie man uns mitteilt, weiter fortgeschritten. Bereits aufgelöst oder in Liquidation befindlich sind zur Zeit die landwirtschaftliche Betriebsstelle für Kriegswirtschaft, die Kriegsnähermittelföhrung, die Kriegsausschuss für Räte, Exp. und deren Geföhrmittel, die Kriegsföhrungsgesellschaft, Reichsgewerkschaft, die Reichshöhlenwirtschaft, die Kaiser- einkaufsgesellschaft, die Kriegsgewaltigen für Wein- obsteinkauf und Verteilung sowie für Sauertraut, die

Zentraleinkaufsgesellschaft, die nicht mehr einkauft, be- steht nur als Verwaltungsabteilung und hat mit Waren- geschäften nichts mehr zu tun. Auch die Kriegsgewaltigen für Dör- gemühle stellt nicht mehr Gemöle her, sondern besitzt nur noch Läger. Sobald irgend möglich, wird mit der weiteren Liquidierung von Gesellschaften fortgeschritten werden.

Rücktritt des amerikanischen Gesandten in Peking.

Amerikas Vorgesproden an China.

Amsterdam, 29. August.

Das Pressebureau Radio ist der amerikanischen Gesandte in China, Dr. Reisch, von seinem Posten zurückgetreten, wie verlautet, wegen der Föhlung des Präsidenten Wilson in der Schan- tungfrage. Reisch hatte China die Unterstützung der Vereinigten Staaten als Gegenleistung für die chinesische Kriegserklärung zugesagt.

Amsterdam, 29. August.

Das Pressebureau Radio meldet aus Washington, daß der Kabinetsentscheid bezüglich Schantung für die Mehrheit des Senats unannehmbar ist, und daß der Antrag im Senat abgelehnt werden würde, wenn der Senat Gelegen- heit hätte, sofort darüber abzustimmen.

Kollischak abgefehnitten?

Amsterdam, 29. August.

Die englischen Blätter vom 27. bringen eine Direktele Brief- Meldung, wonach Wäffelhändler im Süden Kollischaks die Briefe über den Zensur zerföhrt haben und damit den Zensur Kollischaks in der Gegend von Jankow lösen abgefehnitten haben. - Pressebureau Radio meldet, daß der amerikanische Bot- schafter in Japan Morris in seinem letzten Bericht sich sehr für die Anerkennung der Regierung Kollischaks eingelset hat und Kollischaks Mißerfolge der Nichtanerkennung seiner Regierung durch die alliierten und assoziierten Mächte zuschreibt.

Lebensmittelunruhen in Oppeln.

Schwere Ausschreitungen und Plünderungen.

Oppeln, 29. August.

Hier kam es gestern und heute zu großen Zusammenrot- tungen der Bevölkerung, die eine Verabreichung der Lebensmittelpreise und der Preise für Wirtschaftsgüter forderte. Bereits Donnerstag föhrt die Menge die Stände der Obst- und Gemüsehändler, besonders der Obst- händler. Heute trübten sich die Zusammenrottungen in Kuchel Geschäfte der Textil-, Lebensmittel-, Bekleidungs-, Zigareten- und Zigaretenbranche. Die Waren wurden weit unter dem Preisverkauft, und ein Teil der Geschäfte wurde geplündert. Die meisten Geschäfte sind heute geschlossen. Die Ausschreitungen nehmen ihren Fortgang.

Die Zusammenrottungen föhren zu einem Einstürzen des Marktes, das Ruhe und Ordnung wiederherföhrt. In größeren Zusammenrottungen zwischen Militär und Bevölkerung kam es nicht. Das Militär besetzt die Hauptstraßen der Stadt und einzelne öffentliche Gebäude.